

Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven

Stephan Rosiny

Am 17. Dezember 2010 löste die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi den *Arabischen Frühling* aus. In wenigen Monaten fegte eine Protestwelle die Despoten von Tunesien, Ägypten und Libyen hinweg. Unvermindert halten seitdem Demonstrationen und Aufstände eine Region in Atem, die bislang als stabil autoritär regiert und weitgehend demokratieresistent galt.

Analyse

Seit Beginn des *Arabischen Frühlings* wurden in Nordafrika und im Nahen Osten zahlreiche Parteien und Medien, deren Focus auf kritischer Berichterstattung liegt, gegründet. Es fanden Parlamentswahlen und Verfassungsdebatten statt, und der öffentliche Diskurs wird seither von offener Kritik an den verbliebenen Autokratien bestimmt. Wie grundlegend und nachhaltig diese Veränderungen sein werden, lässt sich auch nach einem Jahr noch nicht verlässlich beurteilen. Dennoch können in einer Zwischenbilanz einige markante Eckpunkte festgehalten werden.

- Die anfängliche Spontaneität und Leichtigkeit, mit der die Oppositionsbewegungen die autoritären Regime in Frage stellten, verblüfften nicht nur westliche Beobachter, sondern auch die arabischen Herrscher. Nach der ersten Überraschung kehrten sie – bislang nur mit begrenztem Erfolg – zu ihren alten Methoden der Herrschaftsstabilisierung zurück.
- Auslöser, Verlaufsformen und Intensität der Proteste unterscheiden sich von Land zu Land. Auch die Reaktionen der Regime reichten von vorsichtigem Entgegenkommen bis zu gewaltsamer Repression.
- In den meisten arabischen Ländern leiden die Regime an massiven Legitimitätsdefiziten, und die Bürger verlangen, endlich gerechter am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen partizipieren zu dürfen. Ihre Proteste weisen ähnliche Symbole und wechselseitige Bezüge auf. Diese Parallelen lassen es gerechtfertigt erscheinen, von einem epochalen *Arabischen Frühling* zu sprechen, der die gesamte Region dauerhaft verändern wird.
- In einigen arabischen Ländern zeichnet sich dabei eine Stärkung religiöser Kräfte ab. Gemäßigte Islamisten gelten mittlerweile vielen Menschen als kompetente und verlässliche Alternative zu den bisherigen Regimen.

Schlagwörter: *Arabischer Frühling, soziale Bewegungen, Demokratisierung, Islamismus*

Der Ausbruch des Arabischen Frühlings

Der Arabische Frühling begann mitten im Winter. Am 17. Dezember 2010 beschlagnahmten lokale Ordnungskräfte in der tunesischen Provinzstadt Sidi Bouzid den Verkaufswagen des Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi, weil er keine Verkaufslizenz besaß. Sie folgten damit einer üblichen Routine, wobei dem jungen Händler vermutlich weniger eine Lizenz, als vielmehr „Beziehungen“ zu einer einflussreichen Person oder das nötige Geld für eine Bestechung fehlten. Im Handgemenge ohrfeigte ihn eine Polizistin; seine Protesteinreichung bei höherer Stelle wurde jedoch abgelehnt. Diese Mischung aus Demütigung und Ohnmacht trieb ihn vermutlich zur Verzweiflungstat seiner öffentlichen Selbstverbrennung vor dem örtlichen Verwaltungsgebäude.¹

Bereits in den nachfolgenden Stunden und Tagen kam es zu spontanen Solidaritätskundgebungen, bei denen Teilnehmer von Sicherheitskräften getötet und zu den betraurten „Märtyrern“ späterer Proteste wurden. Im arabischen Nachrichtenkanal *al-Jazeera*, der sich zum wichtigsten Mobilisierungsmedium des Arabischen Frühlings entwickeln sollte, erschienen mit Handy-Kameras aufgenommene Filme der Selbstverbrennung und der anschließenden Demonstrationen. Die Proteste erreichten schnell die Hauptstadt Tunis und breiteten sich in die benachbarten Länder aus. Die Proteste weiteten sich nicht nur regional, sondern auch in ihrer sozialen Zusammensetzung stetig aus und umfassten bald alle sozialen Schichten. Vor allem Jugendliche, aber auch Kinder, Erwachsene und Greise, Frauen ebenso wie Männer, Muslime und Christen, Religiöse und Säkulare nahmen an den Protesten teil. In weniger als zwei Monaten waren zwei der vermeintlich stabilsten Autokraten des Nahen Ostens, Zine el-Abidin Ben Ali in Tunesien (14.1.2011) und Hosni Mubarak in Ägypten (11.2.), gestürzt worden.

Anfang 2011 brachen Proteste und Unruhen in fast allen arabischen Ländern aus, die die Forderungen und Symbole der beiden erfolgreichen Revolutionen aufgriffen, so in Algerien (5.1.), Jordanien (7.1.), Oman (17.1.), Jemen (27.1.), im Irak (6.2.), Bahrain (14.2.), Libyen (17.2.), Saudi-Arabien (17.2.), Irakisch Kurdistan (17.2.), Djibouti (18.2.), Kuwait (19.2.), Marokko (20.2.), Mauretanien (25.2.) und im Libanon (27.2.), schließlich auch in den Pa-

lästinensergebieten (15.3.) und in Syrien (18.3.). Verschont blieben bislang einzig die Golfmonarchien Katar und – bis auf marginale Proteste – die Vereinigten Arabische Emirate (VAE), die ihrer Bevölkerung mit Öl-Einkünften ein sorgenfreies Leben garantieren.

Der Arabische Frühling fiel nicht vom Himmel. In den meisten Ländern der Region gab es bereits seit Jahren immer wieder Proteste, Demonstrationen und Streiks gegen soziale Not und staatliche Willkür, und seit dem Jahr 2000 kam es vermehrt zu länderübergreifenden Protesten. Der Ausbruch der Zweiten Intifada in den Palästinensergebieten 2000, der von den USA angeführte Irakkrieg 2003 und die Muhammad-Karikaturen 2005/06 führten zu Protesten gegen westliche und israelische „Aggressionen“ und zu Solidaritätskundgebungen für deren Opfer. Sie richteten sich nur sekundär gegen die eigenen Regime und deren Tatenlosigkeit. Im Libanonkrieg zwischen Israel und der Hizb Allah (2006) und im Gazakrieg (2008/09) mischte sich die Kritik an der israelischen Kriegsführung mit der Wut auf die Regime von Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien, die mehr oder weniger offen Position für Israel ergriffen hatten.

Protestdynamik im Arabischen Frühling

Als Vorbilder für die oppositionelle Mobilisierung im Arabischen Frühling werden je nach politischer Präferenz die *Islamische Revolution* in Iran von 1978/79 oder die *Zedernrevolution* im Libanon vom März 2005 genannt. Erstere blieb bis in die Gegenwart die einzige fundamentale Systemtransformation durch eine revolutionäre Massenbewegung im Nahen und Mittleren Osten, letztere führte immerhin zum Abzug der syrischen Truppen. Auch die Grüne Revolution in Iran von 2009 gegen die Fälschungen der Präsidentenwahl wird häufig als Vorbild angeführt.

Gleichwohl kennzeichnet die grenzüberschreitende Protestdynamik den Arabischen Frühling als ein bislang einzigartiges, epochales Ereignis. Neu sind die sich wellenartig steigernden Proteste, ihre länderübergreifenden Wechselwirkungen und der erstaunlich ideologiefreie Diskurs der Teilnehmer. Die regionale Mobilisierung richtet sich nicht mehr primär gegen äußere Feinde wie die USA und Israel, sondern setzt sich für ein authentisch arabisches Anliegen ein: den Sturz oder die Reform der autoritären Herrschaftssysteme. Die Demonstrationen erreichten in ihrer Kumulation den erforderlichen Aufmerksamkeitspegel der globalen Medien, so

¹ Nach seinem Vorbild verbrannten sich um die Jahreswende in Nordafrika Dutzende weiterer Menschen, was jedoch keinen vergleichbaren Mobilisierungseffekt hatte.

dass den Herrschenden ein Aussitzen oder blanke Repression nicht mehr möglich war.

Die breite Solidarisierung in alle Gesellschaftssegmente, die Spontaneität und weitgehende Führungslosigkeit überraschte die Regime zunächst und untergrub ihre bisherigen Eindämmungsstrategien, politische Führer zu verhaften und Protestierende als vom Ausland gesteuerte Agenten zu diffamieren. Die Gewaltfreiheit – trotz hunderter Toter durch staatliche Repression – und die Mobilisierung quer durch alle sozialen Schichten verlieh den Protestierenden eine moralische Überlegenheit und Legitimität, die den repressiven Regimen umgekehrt immer mehr abhanden kam. Die Mauer des Schweigens über Machtmissbrauch – skandalöse Enthüllungen auf Wikileaks über Korruption und die politische Verlogenheit der Herrscher bildeten hier den Anfang – und die Angst vor staatlicher Repression brachen in sich zusammen.

Die Hoffnung, die autokratischen Herrscher würden wie in einem Domino einer nach dem anderen fallen, bewahrheitete sich allerdings bislang nicht. Seit März 2011 stellten sie sich zunehmend auf die neue Situation ein und griffen dabei – mit unterschiedlichem Erfolg – auf die bewährten Instrumente der Herrschaftsstabilisierung zurück: Sie kamen den Forderungen der Demonstranten partiell entgegen, etwa indem sie unbeliebte Minister oder ganze Regierungen als die mutmaßlichen Sündenböcke austauschten oder Verfassungsreformen versprachen (Bank 2011). Sie versuchten, sich Wohlverhalten zu erkaufen, indem sie Kürzungen staatlicher Subventionen auf Grundnahrungsmittel und Energieträger zurücknahmen, neue Subventionen einführten, kurzfristig Arbeitsplätze in der Bürokratie und im Sicherheitsapparat schufen und Lohnerhöhungen versprachen. In Saudi-Arabien verkündete König Abdallah zwei Programme in Höhe von 130 Milliarden USD, mit denen er Zusatzgehälter für Staatsbedienstete bezahlte, eine Arbeitslosenunterstützung einführte, mehr als 60.000 neue Stellen schuf sowie Moscheen erneuern und ein Bauprojekt für 500.000 Wohnungen finanzieren will (Gause 2011). Saudi-Arabien und andere Golfmonarchien griffen den bedrohten Regimen in Bahrain, Oman, Marokko und Jordanien sowie dem labilen Militärischen Übergangsrat (SCAF) in Ägypten mit Milliarden geschenken unter die Arme. Jordanien und Marokko wurde die Aufnahme in den Golfkooperationsrat (GCC), den Club der reichen Ölmonarchien, angeboten.

Die Autokraten setzten weiterhin auf eine Fragmentierung und Diskreditierung der Opposition. Sie beschimpften die Protestierenden als „Agenten“ ausländischer Mächte (Bahrain, Saudi-Arabien), als „Saboteure“ (Syrien) und als „Ratten und Kakerlaken“ (Qaddafi in Libyen), oder sie zeichneten das Angstbild drohender ethnisch-konfessioneller Bürgerkriege (Bahrain, Syrien). Eine politische Liberalisierung, so warnten sie den besorgten Westen, werde zum Machtgewinn fundamentalistischer Islamisten und zu jihadistischem Terrorismus führen (Jemen, Libyen, Syrien). Wo alles nicht mehr half, verfielen sie in blanke Repression. Bahrain setzte mit der Niederschlagung der Besetzung des Perlenplatzes mit Hilfe von Truppen aus Saudi-Arabien und den VAE am 14. März 2011 den Präzedenzfall. Es folgten Jemen mit bis heute rund 1.000 Toten, Libyen mit rund 30.000 Opfern und Syrien mit bislang 5.000 Toten, wobei in allen drei Ländern Teile der Opposition ihrerseits zu den Waffen griffen.²

Widersprüchliche Signale und häufig wechselnde Taktiken der Despoten zwischen Entgegenkommen und Repression führten zur Steigerung und Eskalation der Aufstände in Tunesien, Ägypten, Jemen und Syrien. Reformzusagen bei fortgesetzter gewaltsamer Repression machten ihre Versprechen unglaubwürdig. Die enttäuschende Rede von Hosni Mubarak am 10. Februar 2011 hätte dabei eine Warnung für andere Herrscher sein können. Er zeigte darin keinerlei Bereitschaft, seine Macht abzugeben, obwohl zuvor bereits entsprechende Gerüchte kursiert hatten. Dies heizte die Entschlossenheit der Demonstranten auf dem Tahrir-Platz weiter an und besiegelte sein Ende – am Tag darauf entmachtete ihn das Militär.

Geschickter verhielten sich hingegen die Monarchen, beispielsweise König Mohammed VI. von Marokko. Er setzte sich quasi an die Spitze der innenpolitischen Reformbewegung, indem er eine Verfassungsreform anstieß und hierdurch seine Monarchie stabilisierte. Der Emir von Katar, Hamad bin Khalifa Al Thani, gerierte sich sogar als Vorkämpfer der revolutionären Umgestaltung, indem er den Satellitensender *al-Jazeera* finanzierte, sich an der Militäroperation gegen das Qaddafi-Regime beteiligte und maßgeblich die Sanktionen gegen das syrische Regime vorbereitete.

² In Libyen griff, gestützt auf die UN-Resolution 1973 vom 17. März 2011, ein internationales Militärbündnis unter Oberbefehl der NATO faktisch auf Seiten der Aufständischen in die Kämpfe ein.

Obendrein erwies sich ein patriarchaler Reaktionszyklus bislang als erfolgreich bei der Protestbekämpfung. Dabei wird zunächst die Repression als „Strafe“ für den Ungehorsam eingesetzt und anschließend kommt das paternalistische Verzeihen zum Tragen. Monarchen beherrschen diese Taktik besser als republikanische Despoten. So wurden am 27. November 2011 in den VAE fünf aufmüpfige Blogger zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, aber bereits am Folgetag durch den Emir Hamad bin Isa Al Khalifa wieder amnestiert (*al-Hayat* 29. November 2011). Die Niederschlagung des Aufstandes in Bahrain führte zu internationaler Kritik. Der Emir ließ eine internationale Untersuchungskommission ermitteln, die am 23.11.2011 einen missbilligenden Report vorlegte. Daraufhin übte der Herrscher Selbstkritik und versprach Besserung.

Forderungen

Für den Beginn der Proteste gab es zwei unterschiedliche Konstellationen: In einigen Ländern riefen gebildete Jugendliche über soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook in den urbanen Zentren zu Kundgebungen für mehr Freiheit und gegen staatliche Willkür auf. Solche „Happenings“ hatte es in Ägypten, Bahrain, Libanon, Marokko und Tunesien bereits gelegentlich zuvor gegeben. Diesmal gestaltete sich alles anders, weil unerwartet viele Teilnehmer erschienen und staatliche Repression nicht zur Beendigung, sondern zur weiteren Mobilisierung und Ausweitung der Proteste führte. In anderen Ländern begannen Kundgebungen zunächst an der Peripherie, bei sozial, konfessionell, ethnisch oder regional diskriminierten Gruppen, etwa in Tunesien, Jordanien, Bahrain, Syrien und im Oman.

In manchen Ländern blieben die Proteste auf einzelne Gruppen beschränkt, so dass sich kein breiter, nationaler Widerstand bildete. In Saudi-Arabien spaltete sich die Opposition auf in Schiiten, die bereits seit Jahrzehnten eine Gleichberechtigung als Staatsbürger fordern; in Frauen, die für ihre Emanzipation im öffentlichen Raum – symbolisiert im Recht auf Autofahren – demonstrierten; in Liberale, die eine Lockerung rigider religiöser und sozialer Normen verlangen, und in Salafisten, denen die moralische Lockerung bereits zu weit geht.

Eine Verstärkung und Ausweitung des Widerstandes fand vor allem in jenen Ländern statt, in denen sich der lokale und der urbane Trend zu einer nationalen Bewegung vereinte, so vor allem in Tunesien, Marokko und Libyen. Die Forderungen wa-

ren entsprechend umfangreich. Sie umfassten materielle Verbesserungen in der Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnungen und Energie, verbesserte Dienstleistungen und mehr Arbeit sowie schließlich institutionelle Reformen des Staatswesens: Demokratie, Gewaltenteilung und verlässliche Institutionen. Die Forderungen passten sich lokalen Gegebenheiten an. Eine Aufhebung der Notstandsgesetzgebung wurde in Ägypten und Syrien verlangt, der Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen im Irak. Palästinenser forderten von der Fatah-Regierung in der Westbank und der Hamas-Regierung im Gazastreifen, eine Regierung der nationalen Einheit einzugehen und die Fragmentierung der Palästinensischen Autorität zu beenden. Im Libanon demonstrierte eine zivilgesellschaftliche Bewegung für die Abschaffung des Konfessionalismus, wonach die Verteilung politischer Ämter und das Familienrecht von der Religionszugehörigkeit abhängig sind. Aus Sorge vor einer innergesellschaftlichen Polarisierung und Gewalteskalation blieben die Proteste in Ländern mit Bürgerkriegserfahrung wie dem Libanon, Irak und im Sudan, in Algerien und Palästina in ihren Forderungen generell moderater.

Das verbindende und übergeordnete Element der sozial heterogenen Proteste waren jedoch moralisch-ethische Prinzipien, vor allem das Verlangen nach Gerechtigkeit (*Adala*), Freiheit (*Hurriya*), Würde (*Karama*) und Respekt (*Ihtiram*):

- Der Respekt der Autoritäten ihren Bürgern gegenüber statt arrogant paternalistischer Bevormundung;
- ein Leben in Würde an Stelle demütigender Gängelung und Unterdrückung durch Sicherheitskräfte und Behörden;
- Gerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen und Chancen statt klientelistischer Belohnung für Wohlverhalten;
- Rechtsstaatlichkeit als Ersatz für despotische Willkürherrschaft und privilegierte Freiräume der Eliten, und schließlich
- Partizipation an der globalen Entwicklung zu mehr Wohlstand, Fortschritt, Bildung und Mitbestimmung.

Die weitreichendste Forderung nach einem Systemsturz entwickelte sich jeweils erst in Situationen der Gewalteskalation seitens der Regime, wenn schrittweise Reformen unter der Herrschaft der bisherigen Elite nicht mehr möglich erschienen. Bislang erreichten die Entwicklungen in Tunesien, Ägypten, Jemen, Libyen und Syrien diese Schwelle,

wobei einzelne Akteure auch in Bahrain und Jordanien die Forderung „Das Volk will den Sturz des Systems“ (*asch-Scha'b jurid isqat an-nizam*) erhoben.

Die Symbolik des Arabischen Frühlings

Ein einigendes Charakteristikum des Arabischen Frühlings ist seine grenzüberschreitend ähnliche Symbolik, die als ein Bindeglied zwischen den heterogenen Protestbewegungen fungierte und eine sich wechselseitig bestärkende Welle der regionalen Mobilisierung entwickelte. Die Symbole und Parolen schufen eine Protestkultur mit einem gemeinsamen Resonanzboden. Eine besondere Rolle kam sozialen Medien wie Facebook, Twitter und Mobiltelefonen zu, die anfangs die wichtigsten Mittel der Kommunikation und Mobilisierung darstellten. Auch Musik spielte eine entscheidende Rolle der popkulturellen Verbreitung.³ Schnell kamen Satellitensender wie *al-Jazeera* und *al-Arabiya* hinzu, die ein weitaus größeres Publikum ansprechen, zu einer breiten Mobilisierung führten und die Verbindung zu westlichen Medien herstellten. Mitunter entstanden so mehrgliedrige Kommunikationsketten: Von Demonstranten gezeigte arabische und englischsprachige Plakate, gefilmt mit Handycameras, ins Internet gestellt, zunächst in arabischen Satellitensendern übertragen, dann in westlichen Fernsehkanälen übernommen, richteten sich an eine nationale, regionale und globale Öffentlichkeit.

Die Bezeichnung der tunesischen *Jasminrevolution* und der ägyptischen *Lotusblütenrevolution* hat sich nicht maßgebend durchgesetzt. Sie knüpfte an Vorgänger wie die Nelkenrevolution in Portugal 1974, die Rosenrevolution in Georgien 2003 und die Zedern-Revolution im Libanon 2005 an. Die botanischen Namen weisen Nähe zu den Farbrevolutionen auf.⁴ Sie alle kämpften aus der Mitte ihrer Gesellschaften gegen vergreiste und verkrustete Herrschaftsstrukturen. Der in westlichen Medien gängige Begriff des Arabischen Frühlings assoziiert ein Tauwetter, das die autoritären Strukturen quasi dahin schmelzen lässt, anstatt sie wie bisher in Putschen, politischen Attentaten oder durch extern induzierten „Regimewechsel“ wie im Irak 2003 auszutauschen. In manchen arabischen Kommentaren ist Skepsis gegenüber der Frühlings-Me-

tapher zu spüren, weil sie zu einseitig eine Demokratisierung nach westlichem Vorbild impliziere. So spricht man eher von „der Tunesischen“, „der Ägyptischen“ oder allgemein „der Arabischen Revolution“ (*ath-Thaura al-Arabiyya*).⁵

Die genannten Revolutionen verstehen sich nicht als sozialistische, liberale oder islamische, sondern als auf breiter sozialer Basis gegen „das System“ geführte Erhebungen. Ihnen stand keine elitäre Avantgarde vor; vielmehr wurden sie von sozialen Netzwerken mit flachen Hierarchien getragen. Statt charismatischen Führern bestimmten Helden wie Bouazizi oder der im Sommer 2010 von der ägyptischen Polizei zu Tode geprügelte Blogger Khalid Said ihr Erscheinungsbild.

Die Demonstrationen begannen in einigen Ländern an symbolträchtigen Tagen. Der 25. Januar ist in Ägypten der „Tag der Polizei“, gegen deren gewaltsame Übergriffe sich die jugendlichen Protestierenden an jenem Tag versammelten. In Bahrain jährte sich am 14. Februar die Unterzeichnung der nationalen Reformcharta von 2001, an deren Durchsetzung die Demonstranten gemahnten. In Libyen waren am 17. Februar 2006 mehrere Demonstranten gegen die Muhammad-Karikaturen erschossen worden. Zum Jahrestag versammelten sich Angehörige, was erneut in Gewalt eskalierte und den Auslöser der libyschen Revolution markierte. Die oppositionellen Bewegungen gaben sich Namen nach besonderen Daten, so die „14. Januar-Front“ in Tunesien, benannt nach dem Abreisetag von Ben Ali. Die „14. Februar Bewegung“ in Bahrain, die „Bewegung des 20. Februar“ in Marokko, die „15. März-Bewegung“ in den Palästinensergebieten sowie die „Jugend des 24. März“ in Jordanien gaben sich ihren Namen nach den ersten, tabubrechenden Großdemonstrationen in ihren Ländern.

Demonstrationstage erhielten Eigennamen. Den Beginn der Protestwellen markierte in Ägypten, Palästina, Bahrain, Libyen, Jordanien, Jemen und in Saudi-Arabien der *Tag des Zorns* (*Yaum al-Ghadab*). Die Wiederholung desselben Namens schuf eine unmittelbare Verbundenheit. Die Reihung weiterer Namenstage mobilisierte und verstetigte die Proteste. So gab es den *Tag der Würde*, den *Tag der Reue* (am 7.3.2011 im Irak) und, an die syrischen Soldaten gerichtet, um sie zum Seitenwechsel zu motivieren, einen *Tag der Beschützer des Landes* (27.5.2011).

³ Besonders berühmt wurden der tunesische Rapper El Général (<www.youtube.com/watch?v=IeGJJ7OouR0> 28.12.2011) und der israelische Hip-Hopper Noy Alooshe.

⁴ Etwa die Orangene Revolution in der Ukraine 2004 und die Grüne Revolution in Iran 2009.

⁵ An den Aufständen beteiligte Berber in Nordafrika und Kurden in Syrien lehnen den Begriff ab, weil er sie als nicht-arabische Ethnien ausgrenzt.

Ein weiteres grenzüberschreitendes Erkennungszeichen der Proteste wurde die Besetzung zentraler Straßen und Plätze. In Tunesien war es der *Place de la Kasbah* in Tunis, auf dem Protestierende campierten und ihre Forderungen erhoben. Demonstrationen hatten bereits vor dem *Arabischen Frühling* regelmäßig auf dem *Boulevard Bourguiba* stattgefunden. In Rabat fanden Kundgebungen auf dem *Boulevard Mohamad V* statt. Zum allgemeinen Kennzeichen des *Arabischen Frühlings* avancierte aber der *Befreiungsplatz* (Midan at-Tahrir) in Kairo, auf dem seit dem 25. Januar 2011 zahlreiche Großkundgebungen und Platzbesetzungen stattfanden. Im Herzen Kairo gelegen, in der Nähe symbolträchtiger Gebäude wie der Geheimdienstzentrale, des Innenministeriums, der Parteizentrale der damals herrschenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) und des Ägyptischen Nationalmuseums, strahlten die Bilder der Proteste über *al-Jazeera* und viele andere Medien in alle Welt. Auch die brutalen Übergriffe von Sicherheitskräften und Schlägertrupps des alten Regimes spielten sich vor laufenden Kameras ab, was möglicherweise schlimmere Exzesse verhinderte und das Regime von Hosni Mubarak vollends diskreditierte.

In Bahrain imitierten die Demonstranten das erfolgreiche ägyptische Exempel und versuchten seit dem 14. Februar 2011 trotz gewaltsamen Vorgehens der Sicherheitskräfte, den *Perlenplatz* (*Sahat al-Lu'lu'a*) in Manama dauerhaft zu besetzen. Er ist nach einem gigantischen Standbild benannt, das 1982 als Sinnbild der Einheit des Golfkooperationsrates errichtet worden war. Das Regime befürchtete, der Platz könne zum Wahrzeichen eines nationalen Widerstandes werden, und ließ das markante Standbild am 18. März 2011 nach der gewaltsamen Räumung des Platzes abreißen. Im Jemen nutzte das Regime den symbolträchtigen *Befreiungsplatz* in Sanaa, den Salih-Loyalisten besetzten, für ihre eigenen Zwecke, während sich die Opposition mit Zelten auf dem Platz vor der Universität niederließ und ihn in *Platz der Veränderung* (*Sahat at-Taghyir*) umbenannte (Perthes 2011).

Mit den besetzten Plätzen eignete sich das Volk das geografische Zentrum – quasi das Herz der Nation – an und „reinigte“ es von den „korrupten“ Regimen.⁶ Die Nationalflaggen wurden zum mo-

bilen Teil dieser Symbolik. In Libyen knüpften die Protestierenden und Aufständischen mit der Fahne der Monarchie (1951-1969) an die Zeit vor der Herrschaft Qaddafis an. Eine Ausnahmeerscheinung blieben salafistische Islamisten in Ägypten, die die saudische Fahne zeigten. Berber in Tunesien, Algerien und Marokko nutzen ihre eigene Fahne, was indes keinen Separatismus, sondern ihre Gemeinschaftsidentität zum Ausdruck brachte.

Die Proteste in Madrid am *Puerta del Sol*, in Israel auf dem *Rothschild Boulevard* sowie die *Occupy-Bewegung* in den USA und in Europa griffen auf die Symbolik des *Arabischen Frühlings* zurück. Die Demonstranten übernahmen die Aktionsform der Platzbesetzung, die plakativen Namen für Versammlungstage und den weitreichenden Anspruch, „das Volk“ oder „die 99 Prozent“ gegen eine kleine, sich über die Maße bereichernde Elite zu repräsentieren.

Perspektiven

Anfang 2011 erfasste eine grenzüberschreitende Protestwelle Nordafrika und den Nahen Osten, die als *Arabischer Frühling* in die (westlichen) Chroniken eingehen wird. Der Veränderungsprozess ist unumkehrbar, auch wenn sein weiterer Verlauf noch unvorhersehbar ist. Es wird sehr davon abhängen, wie erfolgreich die Republiken Tunesien und Ägypten ihre demokratische Transformation fortsetzen, ob ein Ausweg aus der Gewaltspirale in Syrien und im Jemen gelingt, und schließlich ob die verbliebenen, nur partiell reformierten Autokratien ihre Lektion gelernt haben. Die Stärke des beginnenden *Arabischen Frühlings*, über alle Ideologien hinweg und weitgehend führungslos die Repressionsmaschinerien herauszufordern, könnte sich im politischen Herbst und Winter als seine Schwachstelle erweisen.

Angesichts der Delegitimierung bisheriger Regime stehen die Transformationsländer vor der Herausforderung, staatliche Institutionen und Regeln mit breiter Legitimität und unter Partizipation möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte zu errichten. Dies geschieht nach den Revolutionen in Tunesien, Ägypten und Libyen mit einem institutionellen Neuanfang, in anderen Ländern in einem Wechselspiel aus Forderungen der Opposition und Zugeständnissen der Regime (Marokko, Jordanien, Kuwait). Eine Politik des Krisenmanagements durch hoheitliche Geschenke (Saudi-Arabien, Bahrain) erzeugt hingegen keine nachhaltige Entwicklung und dauerhafte Stabilität. Vielmehr

⁶ Nach dem Sturz von Hosni Mubarak reinigten die Demonstranten nicht nur symbolisch, sondern auch physisch „ihren“ befreiten Platz und machten ihn zum Symbol des Neuanfangs. Seitdem finden hier regelmäßig Protestkundgebungen statt, um die gemeinsam erkämpfte Revolution zu verteidigen.

wird sich die Kluft zwischen paternalistischen Herrschern und zunehmend selbstbewussten Bevölkerungen vertiefen.

Der Reformweg ist steinig, da bei jeder Entscheidung ideologische Präferenzen und gegensätzliche Interessen aufeinandertreffen. Die sich in ihrer Legitimität wechselseitig stützenden Institutionen Parlament, Regierung, verfassungsgebende Versammlung, Verfassung und Präsident bzw. Monarch müssen erst schrittweise (wieder) eingeführt werden. Soll der Aufbau bei Regeln oder der gewählten Repräsentation beginnen, bei der Verfassung oder bei allgemeinen Wahlen? Wer ist befugt, die Regeln von Wahlen festzulegen, etwa die Zulassung von Parteien oder die Einteilung von Wahlkreisen? Ein transparenter und partizipativer Prozess der Aushandlung, gegenseitigen Bestätigung und Bestärkung kann zu dauerhafter Legitimität und nachhaltiger Stabilität führen. Der Bevölkerung könnte dieser Prozess zu lange dauern, weshalb sie ihr Interesse wieder verlieren würde und die Ergebnisse an Glaubwürdigkeit einbüßten. Die allseits hohen Erwartungen nach dem Sturz der korrupten Herrscher auf eine gerechtere Verteilung des nationalen Wohlstandes und eine rasche Erholung der Wirtschaft haben sich bislang nicht erfüllt. Vielmehr verschlimmerte sich die sozioökonomische Situation, weil viele Touristen ausblieben und Unternehmen durch Streiks und Proteste Ausfälle erlitten.

Profitieren können hiervon besonders gemäßigte Islamisten. Sie sind mit ihrem religiösen Ethos am ehesten in der Lage, die Frustration über enttäuschte Erwartungen und materielle Verluste durch von Gott empfohlene Geduld und das Versprechen jenseitigen Lohns abzufedern. Ihr Weltbild ist flexibel genug, um das breite soziale Spektrum der Gesellschaften abzudecken. Sie sprechen gleichermaßen Land- und Stadtbewohner, bildungsferne Menschen ebenso wie Intellektuelle, Junge und Alte, Frauen und Männer an. Islamisten hatten schon in der Vergangenheit bei (relativ) freien Wahlen bedeutende Erfolge erzielt (Jordanien 1989, Algerien 1991, Ägypten 2005, Palästinensergebiete 2006). Bei den Umstürzen des Arabischen Frühlings spielten sie eine bedeutende Rolle, auch wenn sie nicht immer in der ersten Reihe standen. Sie genießen das Renommee langjährig stetiger Oppositionsarbeit gegen die autoritären Regime. Außerdem verfügen sie mit ihren Netzwerken an religiösen, sozialen und politischen Einrichtungen über Organisationsstruk-

turen und Erfahrungen, die den neuen Oppositionskräften noch fehlen. Deshalb konnte ihr gutes Abschneiden bei den erstmals freien Wahlen in Tunesien am 23. Oktober 2011 mit 41,5 Prozent und Marokko am 25. November 2011, wo die gemäßigt islamistische PJD mit 27 Prozent die stärkste Partei wurde und den Ministerpräsidenten stellt (Eibl 2011), sowie in den ersten Runden der noch laufenden Wahlen in Ägypten nicht überraschen. Auch in Libyen werden Islamisten als aussichtsreiche Kandidaten bei künftigen Wahlen gehandelt.

Bislang erwiesen sich Reformislamisten besonders in monokonfessionellen Ländern als erfolgreich. In multikonfessionellen Ländern (Libanon, Irak, Bahrain, Kuwait, Saudi-Arabien) konkurrieren hingegen sunnitische und schiitische Akteure miteinander. Im Sunna-Schia-Gegensatz scheinen Islamisten derzeit an die Grenzen ihres inklusivistischen Politikansatzes zu stoßen. Überraschend ist auch das starke Abschneiden fundamentalistischer Salafisten, die eine strikte Islamisierung von Gesellschaft und Politik anstreben. Sie könnten zur größten Herausforderung für die reformwilligen Islamisten werden, da sie deren Islam-Treue in Frage stellen. Aber in Ägypten zeichnet sich bereits ab, dass auch sie einem Anpassungsdruck an zivilisierten politischen Umgang unterliegen und sich in ihren Forderungen zu mäßigen beginnen (Brown 2011).

Die Bürger der arabischen Welt verlangen nach Partizipation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie nach der Freiheit zu entscheiden, gemäß welchem Weltbild sie ihr Leben künftig gestalten wollen. Europa sollte sich an den Veränderungen in Nahost als Partner und im Dialog mit den Akteuren, aber nicht paternalistisch oder gar militärisch beteiligen.

Literatur

- Brown, Jonathan (2011), *Salafis and Sufis in Egypt*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, online: <http://carnegieendowment.org/files/salafis_sufis.pdf> (22.12.2011).
- Gause III, F. Gregory (2011), *Saudi Arabia in the New Middle East*, Washington D.C.: Council on Foreign Relations, Special Report, 63, online: <www.cfr.org/saudi-arabia/saudi-arabia-new-middle-east/p26663> (22.12.2011).
- Perthes, Volker (2011), *Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen*, München: Pantheon.

■ Der Autor

Dr. Stephan Rosiny ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im GIGA Institut für Nahost-Studien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Islamismus, Gewalt und Religion, den schiitischen Islam und den ost-arabischen Raum.

E-Mail: <rosiny@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/rosiny>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Forschungen zum politischen Islam finden am GIGA im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ innerhalb des Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ statt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André (2011), Jordanien und Marokko: Lösungsweg Verfassungsreform?, in: Muriel Asseburg (Hrsg.), *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie, 27, 30-32.

Eibl, Ferdinand (2011), *Parlamentswahlen in Marokko: Ende oder Anfang eines „marokkanischen Frühlings“?*, GIGA Focus Nahost, 11, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

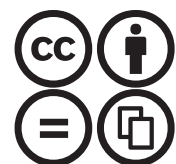
Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Richter, Thomas (2011), *30 Jahre Golfkooperationsrat: Schützt Mitgliedschaft vor Revolution?*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Religionsgemeinschaften als Verfassungssubjekte: Libanon als Modell für Nahost?*, GIGA Focus Nahost, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM